

Wort

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen. (Mittw. Beilagen, „Kinderfreund“ sowie „Volk u. Welt“). Unverlangt eingehenden Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Hans 4244, Hofgebäude am Treppen, Fernsprech-Anschluß 4667. Person. Auskunftserteilung mittags von 12 bis 1 Uhr.

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg.

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für 3 Monate 5,- Mark. Postbezugspreis monatlich 2,- Mark, ab Postamt d. n. Postboten ausstellt 2,40 Mark, bei direkter Einzahlung an den Verlag 2,30 Mark. Anzeigenpreis 12 Pf. im Anzeigen- und 60 Pf. im Reklameteil. d. W. Müllerstr. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 4244, Fernruf 4665. — Zweigstelle: W. Ulrichstraße 27. — Verlagskonto 20319 Gehalt

Die Fürstenregierung.

Das Reichskabinett verlangt verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit des Reichstages für das Fürstentompromiß.

Schlag gegen die Verfassung.

Das Reichskabinett hat sich am Montag mit Stimmenmehrheit der Auffassung des Reichsjustizministeriums angeschlossen und dem Fürstenabfindungspromiß entgegen dem klaren Wortlaut der Verfassung einen verfassungsändernden Charakter zugesprochen. Damit befreit es zur Verabsichtung dieses Gesetzes im Reichstag einer Zweidrittelmehrheit. Das sind insgesamt 329 Stimmen.

Diese Stellungnahme des Kabinetts nimmt die demokratische Presse heute zum Anlaß eines Wamzrufes. Wir haben bereits gefordert, auf die öffentlichen Ausföhrungen des früheren volksparteilichen Justizministers Heine und seines Fraktionsfreundes Schöf in einem zu 50 Prozent volksparteilichen und zur anderen Hälfte deutschnationalen Wochenblattes hinzuweisen, ohne aus ihren Anschauungen politische Schlöfolgerungen zu ziehen. Aber es scheint in der Tat, daß der rechte Flügel der Deutschen Volkspartei wieder einmal ernsthaft Bedenken nach dem Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung hat, und es scheint vor allem, daß die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit zu einer Mitverantwortung bereit sind, obwohl sie in diesem Falle nicht nur den Verantwortung als zu Recht bestehend anerkennen müßten, sondern auch den Eintritt Deutschlands in den Vörföderbund im kommenden Herbst mit zu vollziehen hätten. An sich sind die Dinge vorläufig noch nicht soweit, daß schließlich auch das Zentrum noch ein Wort mitzusprechen hat, und nach der Stimmung in den Reihen seiner Anhängererschaft kaum den Mut beizubringen, das Experiment des vergangenen Jahres, dessen Verfechter vor allem der verstorbene Heinenbach war, nochmals zu wiederholen.

Es wird bekannt sein, daß auch, wenn die Stimmen der Sozialdemokratie für das Abfindungsgesetz abgegeben werden würden, die erforderliche Zahl von 329 Stimmen für die Zweidrittelmehrheit nicht erreicht ist. Voraussetzung hierfür aber bleibt, daß die Mehrheit bis auf den letzten Mann anwesend ist. Dieser Fall ist bisher nur bei der Abstimmung über das Fürstenabfindungspromiß nicht verwirklicht worden, so daß die Pläne der Rechten nur teilweise Grund und Boden haben. Sie gehen nach der demokratischen Presse darauf hinaus, das Gesetz zu Fall zu bringen und hoffen, dieses Ziel durch den verfassungsändernden Charakter des Kompromisses erreichen zu können. Das „Berliner Tageblatt“ umschreibt die Pläne im einzelnen wie folgt:

In den Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei, aber auch auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei besteht der Wunsch, das Kompromißgesetz zu Fall zu bringen. Man hofft dann, daß auch für den Volksentscheid die erforderlichen 20 Millionen nicht zu beschaffen sind, daß also auch diese wichtige Regelung verfehlt, und daß sich dann für die Fürsten wieder der „bedeutende Revers“ eröffnet. Dann müßten sie in der Lage, vor den Landparlamenten der Republik ihre „privatrechtlichen“ Ansprüche geltend zu machen, deren Befriedigung der Zentrumskoalition und Landparlamenten direktor Schetter hinsichtlich auf 200 Millionen Geldmarkt besichert hat. Die Regelung der Markttropfenpolitik geht noch weiter. Sollte unter Umständen der Volksentscheid die verfassungsmäßige Mehrheit gewinnen, dann rechnen sie auf eine Reichspräsidentenkrise, vielleicht sogar eine

Staatskrise, in der sie ihre Parteigeschäfte betreiben könnten.

Nach die „Vossische Zeitung“ weiß ähnliche Dinge zu berichten:

Wenn wir auch keineswegs geneigt sind, die Pläne der Rechten ohne weiteres auf die leichte Schulter zu nehmen, so scheint uns doch, daß vorläufig zu einer Revokation kein besonderer Anlaß gegeben ist. Nur eines ist sicher: Sie wollen wieder regieren, und je schneller ihnen das möglich gemacht wird, desto besser. Aber wir sind sicher, daß der Volkseinsatz um so ausföhrlicher ist, je mehr die Pläne der Reaktion im Lande aufgedeckt werden und der Bevölkerung zur Kenntnis gebracht wird, daß die Deutschnationalen und rechten Volksparteiler den angenehmen Herrschaftsverhältnissen nicht nur auf Kosten des Volkes enorme Millionen zu sichern gedenken, sondern diesen eigenen Stand auf Grund einer falschen Auslegung durch die Verfassung durch die Regierung auch noch zu einem großen politischen Geschäft denken wollen.

Immer deutlicher wird, daß die Entscheidung über Abfindungsgesetz. Entgegnung der ehemaligen deutschen Fürsten nur durch die allgemeine Volksbestimmung herbeigeföhrt werden kann. Die Demokraten haben sich die Zweidrittelmehrheit, die der Reichsregierung ja auch gar nicht will, nicht zuwenden lassen. Das eine Gute mag diese neue Entwicklung im Gefolge haben. Sie zwingt neue Scharen der demokratischen und Zentrumspartei auf die sozialdemokratische Linie des Volkseinsatzes. Denn in der steigenden Zerfahrenheit der Kompromißverhandlungen und der Haltung der Reichsregierung leuchtet immer klarer das sozialdemokratische Ziel der entschädigungslosen Entgegnung der ehemaligen Fürsten für die Zwecke des Allgemeinwohls. Soweit unsere Beobachtung reicht, wärdt diese Bewegung für die entschädigungslose Entgegnung unaußföhrlich. Die große Masse der durch die Inflation und durch Reichsgefeß enteigneten kleinen Sparer und verarmten Erbsizigen ist erst in den letzten Tagen des Volksbezuges in Bewegung gekommen und hat den entscheidenden Stoß für die Reinsubstanz der zukünftigen Volksbestimmung doch in den letzten zwei Wochen erst dadurch erhalten, daß Spartebund und andere Organisationen sich neuerdings im Standpunkt einer gerechten Aufwertung für die kleinen Leute zu eigen gemacht haben. Also dadurch, daß das große Meer der tatsächlichen Enteigneten das Prinzip vertritt, daß für die Fürsten keine Extravergütungen geboten werden darf. Gelingt es, diese zahlenmäßig sehr starken Massen mit den bisher passiven Batalionen der Demokraten und der Zentrumsarbeiter auf die Bahn zu bringen, dann dräudt uns vor dem Ausgang des Volksentscheids nicht bange zu sein.

Wichtige Entscheidungen in der Kallindustrie.

Ein wenig bemerkter, für die Interessentenschaft in der Kallindustrie jedoch bezeichnender Vorgang spielte sich noch am Schlüsse des vorigen Jahres ab. August Noitzerg, Generaldirektor des Wintershallhallaer Konzerns, setzte bei seinen Unternehmern eine Kommission zunächst seine Kandidatur zum Reichsrat durch. Da in der Regel der Kandidat einer Gruppe ohne Widerspruch von den Mitgliedern auch der anderen Gruppen im Reichsrat gewählt wird, so kann sich der Vorgesagte noch vornehmter als gewöhnt betrachten. Die Wahl Noitzergs galt also durchaus als gesichert. Wir wissen nun nicht alle Gründe, welche den Leiter des Wintershallkonzerns veranlaßt haben, im letzten Augenblick von seiner Kandidatur zurückzutreten und sie auf einen anderen übertragen zu lassen. Herr Noitzerg hat das Kallimandat seiner Parteipolitik wegen wiederholt heftig angegriffen; beglückten den Reichsrat. Wintershall, so hat sein Leiter ganz offen erklärt, wünscht niedrigere Preise. Best soll Aug. Noitzerg in den Reichsfallat eintreten und dort die Kallipolitik im Einklang mitbestimmen. Das letzte er ab. Ein Vorschlag, den wir bei allen „Kallisten“ im Leben täglich beobachtet können; wenn sie ihre Ideen in die Tat umsetzen und praktisch ausprobieren wollen, dann sprechen sie vor der Verantwortung zurück. Das war auch der eine Grund für Herrn Noitzerg.

Also zunächst: bleibet Schreden vor einer Preisoberhebung, für die er bestimmt im Reichsfallat eine Majorität gefunden haben würde. Was der Ansicht aus der Verantwortung nach noch ein anderer, auch sehr wichtiger Grund für den Wintershallers aufschlagende. Zwischen dem Wintershallkonzern mit 375,25 Zausenstel Beteiligung und dem sog. Antitlod unter Führung Wurbachs mit etwa 520 Zausenstel stehen noch der preussische Reichs mit 69,07 und der Wilhelm-Sauer-Konzern mit 21,01 Zausenstel Beteiligung. Der Verlust Noitzergs, mit dem preussischen Reichs zusammen der „Preussag“ einen sehr wichtigen Interessentenvertrag fertigzustellen, hat im vorigen Jahre viel Schweiß aufgeworbt und nicht zum Ziele geföhrt. Ertragen ergibt die Beobachtung das eng Zusammenarbeiten „Wintershall“ und der „Preussag“ auf allen Gebieten der Antipolitik auch ohne schriftlichen Vertrag.

Mit den 69,07 Zausenstel Beteiligung der „Preussag“ erhöht sich der Gesamt Wintershallers einer Beteiligung von 494,32 Zausenstel.

Die Wilhelm-Sauer-Gruppe hat sich nur scheinbar ihre Selbständigkeit bewahrt. Eben Herr Dr. Wilhelm Sauer war der von August Noitzerg Bevorgaue; er erhielt auf Noitzergs Verreiben das Mandat zum Reichsfallat und damit auch gleichzeitig die Zustimmung, daß Wintershall nicht daran denkt, eine Preisoberhebung gegen den Willen seiner Trabanten zu betreiben. Beiß verpflichtet! So auch hier. Herr Sauer ist verpflichtet, die Politik Wintershallers im Kallimandat zu vertreten. Es sind also die 21,01 Zausenstel Beteiligung der Sauergruppe dem Wintershallkonzern zuzurechnen, soweit es sich um Nachfragen im Kallimandat handelt. Damit kontrolliert Wintershall jetzt 494,32+21,01 Zausenstel = 515,33 Zausenstel. Der Antitlod ist ein ziemlich brüchiges Gebilde. Er wurde hauptsächlich von der Frage der Preisoberhebungen zusammengehalten. Es gab also in der Kallindustrie und auch außerhalb derselben noch Leute, die die öffentlich propagierten Preisoberhebungsabsichten August Noitzergs geglaubt haben. Die außerhalb der Industrie Stehenden glauben nicht mehr daran; sie haben wieder Maß wie früher. Daran tun sie recht. Aber auch einige Kaufmänner, und zwar aus dem Antitlod, besonders die Warenritter, möchten, wie verdammt, ebenfalls Spekulationsgeschäfte machen. Zu diesen gehört auch Herr Gumpel in Hannover. Wie es ihm gelegentlich ist, ob er die Gokentzenger unterstützt oder den kommunistischen Kampfs eine rote Fahne für 1000 Mark kauft, so schwappt er ihm den Grund nach auch die Frage: „Wintershall oder Antitlod?“ Viel wichtiger ist ihm schon, wieviel Wintershall aber der Antitlod für die Waren oder die Beteiligungssummen seiner Werte besaßen. Darum acht es jetzt. Die liebhaften Verkäufe und Käufe von Gumpel-Werten an den verschiedenen Börsen lassen auf

Die deutschen Kalllager



Die deutsche Kallförderung im Jahre 1920.

Insgesamt wurden während des besagten Jahres in den deutschen Kallgruben rund 1440 Millionen Zonnen Metall gefördert. Die Förderung des Jahres 1918 einschließlich der inwärtigen an Frankreich verlorene schätzlichen Kalllager betrug 1292 Millionen Zonnen. Die höchste Förderung war im Jahre 1919 mit 1600 Millionen Zonnen zu verzeichnen. Nach den Ergebnissen des ersten Halbjahrs 1920 entfielen 72 Proz. der Kallproduktion auf den inländischen Verbrauch, 28 Proz. wurden exportiert nach den Vereinigten Staaten, England, Belgien, Holland und den nordischen Ländern.

Monarchistischer Putz aus Furcht vor der Volksabstimmung?

Aus Nordböhmen werden in den letzten Tagen übereinstimmend neue Furchtgelächter der „Baterländischen Verbände“ gemeldet. Auch die uns vorliegenden Meldungen bestätigen die starke Untrübe der Reaktionsorganisationen. Es verlautet z. B., daß sich u. a. in einer Einteilung gewissermaßen ein „Führer“ für die monarchistische Bewegung bilden, und daß sich dann für die Fürsten wieder der „bedeutende Revers“ eröffnet. Dann müßten sie in der Lage, vor den Landparlamenten der Republik ihre „privatrechtlichen“ Ansprüche geltend zu machen, deren Befriedigung der Zentrumskoalition und Landparlamenten direktor Schetter hinsichtlich auf 200 Millionen Geldmarkt besichert hat. Die Regelung der Markttropfenpolitik geht noch weiter. Sollte unter Umständen der Volksentscheid die verfassungsmäßige Mehrheit gewinnen, dann rechnen sie auf eine Reichspräsidentenkrise, vielleicht sogar eine

innerhalb der Vaterländischen Verbände wieder einmal rege Aufschüttelung bestehen. Es ist nicht das erstemal, daß eine bayerische Regierung ähnliche Dinge demontiert und bald darauf ausgetrieben ist. Wenn diese Möglichkeit im Augenblick auch nicht besteht, so sind die Putzschichten bestimmter bayerischer Offizierskreise nach den uns zugegangenen einmündigen Informationen doch nicht von der Hand zu weisen. Es ist etwas anderes, ob diese Offiziere tatsächlich zur Aktion gelehrt werden. Die bayerische Regierung sollte jedenfalls mit ihren Dementis vorsichtiger sein und lieber den Meldungen über die Furchtgelächter auf den Grund gehen, bevor sie wieder übertrifft wird.

Ein völkischer Hero.

Eine völkische Säule ist soeben wieder in Sachsen geborsten. Der bekannte völkische Militäer Schubert in Aufdorf, Angestellter der ZSWV, wurde wegen Schwärzerei und mehrfachen Diebstahls seiner Entlassung und Kugel geföhrt. Seine Eltern haben ihm darauf die Wohnung bewiesen. Jetzt sitzt er wieder in Untersuchungshaft wegen Schändlichungen. Ihm das Gefängnis mit dem Krankeubus verbunden zu können, hat der völkische Geld zwar seine Fäden und Sozialdemokraten, wohl aber Glascherben getroffen. Eine schöne Partei

